

KARL-HEINZ GRÄFE

## Die nationalen Wege und das sowjetische Modell des Sozialismus. Probleme des polnischen Weges zum Sozialismus unter Gomulka (1944-1948)

Versuche von Großmächten, ihre eigenen Gesellschaftsmodelle in ihren Macht- und Einflußsphären durchzusetzen und die inneren zivilisatorisch-kulturellen und national-historischen Gegebenheiten außer acht zu lassen, sind dauerhaft kaum erfolgreich. Die mehr oder weniger zwangsweise Einführung und vierzigjährige Existenz des Staatssozialismus sowjetischen Musters in der osteuropäischen Region löste deren vielfältige Entwicklungsprobleme letztlich nicht. Vieles deutet schon jetzt darauf hin, daß auch dem seit fast einem Jahrzehnt laufenden Experiment, das amerikanisch-westliche Entwicklungsmodell auf Osteuropa zu übertragen, ein ähnliches Schicksal beschieden sein könnte; denn in den peripheren Zonen des Weltkapitalismus bietet die nachäffende kapitalistische Modernisierung den meisten osteuropäischen Völkern kaum Perspektiven für demokratisch verfaßte, national bestimmte und sozial gerechte Gesellschaften. Es ging und geht jenen Großmächten, die ihre Gesellschaftsmodelle mit großen Verheißungen in gesellschaftlichen Umbrüchen anbieten und aufzwingen wollen, in erster Linie um neue Einfluß- und Interessensphären, nicht vorrangig um das Wohl der Völker.

Insofern vermitteln historische Analysen über die Ansätze nationaler Wege in Osteuropa nach Kriegsende bis zum beginnenden Kalten Krieg lehrreiche Erfahrungen. Welche alternativen Wege im Ansatz bestanden und warum sie letztlich chancenlos im Stalinismus endeten, soll am polnischen Beispiel der Jahre zwischen 1943 und 1948 erörtert werden.

### *Die Chance nach der großen Katastrophe: neuer Linksruck seit 1917*

Am Ende des Zweiten Weltkrieges zeichnete sich in ganz Europa als Antwort auf die Verbrechen des Terrors und Völkermords des Faschismus und seiner Verwurzelung im kapitalistischen System ein allgemeiner Linksruck ab, der einen neuerlichen Ansatz sozialistischer Transformation zu ermöglichen schien. Unübersehbar waren Tendenzen, die bürgerlichen Eliten, die diese Katastrophe mitverschuldet oder geduldet hatten, von der Macht zu verdrängen, das Privateigentum großkapitalistischer Unternehmen zu vergesellschaften und durch eine radikale Bodenreform größere soziale Gerechtigkeit zu erreichen. Gemessen an Rußland 1917, schienen in Osteuropa generell und punktuell günstigere Bedingungen für einen Übergang zum Sozialismus zu bestehen. Dennoch: Die allgemeine zivilisatorische Rückständigkeit (sieht man von der Tschechoslowakei und sowjetischen Besatzungszonen Deutschlands

Karl-Heinz Gräfe – Jg. 1938, Prof. Dr. habil., Dresden. Nach dem Studium der Slawistik und Pädagogik Lehrer und Hochschullehrer an der Pädagogischen Hochschule Dresden, ordentlicher Professor für Geschichte bis 1993. Fachgebiet Geschichte der Sowjetunion und der osteuropäischen Länder.

Beitrag auf der Konferenz »1947/48: Internationale und deutsche Politik am Scheideweg« am 13. und 14. Juni 1998 in Berlin.

und Österreichs ab), die enormen Kriegszerstörungen, Dominanz wie Expansionismus der UdSSR, die Zählebigkeit des Antikommunismus und die wieder aufkommende Anziehungskraft und ökonomische Stärke des Kapitalismus in Gestalt der USA verringerten die Chancen einer zum Stalinismus wie Kapitalismus alternativen osteuropäischen Entwicklung, also eines weitgehend selbstbestimmten und demokratischen Weges zu sozial gerechten Gesellschaften.

Der allgemeine Trend eines eigenen nationalen Weges mit sozialistischer Perspektive reflektierte sich in programmatischen Dokumenten der kommunistischen und sozialistischen Bewegung Polens. Sozialisten der PPS-WRN sahen als Alternative künftiger polnischer Entwicklung eine Art dritten Weg zwischen sowjetischem Stalinismus und polnischem Kapitalismus der Zwischenkriegszeit in ihrem Manifest 1940: »Die Geschichte hat Polen eine fürchterliche Lektion erteilt. Für uns führt nun der Weg in die Freiheit durch die Folterkammer der Gestapo und GPU, durch Gefängnis und KZ, durch Massendeportationen und -exekutionen. Unterdrückt, verfolgt und ausgeplündert begreifen wir endlich die bittere Wahrheit. Das Schicksal unseres Landes kann nicht den Repräsentanten der Klassen anvertraut werden, die sich als unfähig erwiesen haben, Polen groß, mächtig und gerecht zu machen. ...Das neue Polen muß die Fehler der Vergangenheit wieder gutmachen. Das Land soll ohne Entschädigung der Eigentümer unter die Bauern aufgeteilt werden. Bergwerke, Banken und Fabriken müssen sich der gesellschaftlichen Kontrolle unterstellen. Freiheit der Sprache, der Religion und des Gewissens muß gewährleistet sein. Schulen und Universitäten müssen für die Kinder des Volkes geöffnet sein.«<sup>1</sup> Die antisowjetische Stoßrichtung ist die Antwort polnischer Eliten auf die ungesühnten Verbrechen des Stalinismus am polnischen Volk und an der polnischen Nation (in Fortsetzung des russischen Zarismus) und deutet die komplizierten Probleme an, die sich aus der geopolitischen Lage Polens in der sowjetischen Machtsphäre für den Weg zu einem polnischen Sozialismus ergeben konnten.

Wenn auch aus anderer politischer Sichtweise, orientierten polnische Kommunisten und mit ihnen sympathisierende Linke auf einen eigenständigen nationalen Weg zwischen westlichem Kapitalismus und östlichem Kommunismus, den einer ihrer führenden Theoretiker, Alfred Lampe, 1943 in seinem »Politischen Testament« so sah: »Es ist nicht der Weg der sozialen Revolution, der vor Polen steht. Die ungeheuren Zerstörungen, die die Deutschen in der Wirtschaft und der Bevölkerung angerichtet haben, stellen nicht den Bürgerkrieg, sondern die Vereinigung der Bemühungen um den Wiederaufbau des Landes auf die Tagesordnung. Der Weg Rußlands von 1917 ist nicht der Weg Polens im Jahre 1943. Polen braucht einen eigenen Weg der Entwicklung – keine papageienhafte Nachahmung von Vorbildern aus West oder Ost. Polen muß geschützt werden vor Versuchen, dem Land von außen ein politisches Regime oder ein ökonomisches Regime aufzuzwingen, oder auch im Namen fremder Interessen einen Bürgerkrieg anzuzetteln. Die erste Bedingung der Wiedergeburt der Nation ist die Freiheit, eigene Entwicklungswege zu wählen.«<sup>2</sup> Die gesellschaftlichen Veränderungen, die sich in Polen seit 1943/44 abzeichneten, definierte

1 Zitiert nach Ch. Klessmann: Die Selbstbestimmung einer Nation. Nationalsozialistische Kulturpolitik und polnische Widerstandsbewegung im Generalgouvernement 1939-1945, Düsseldorf 1971, S. 173. Zum Grundsatzprogramm der WRN-Sozialisten (»Program Polski Ljudowej« vom August 1941) und des gesamten bürgerlichen Lagers, (15. März 1944) vgl. ebenda, S. 250f. und ders.: »Das Programm Volkspolens« von 1941. Zur gesellschaftspolitischen Grundsatzdiskussion im polnischen Widerstand. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 21 (1973), S. 103 ff.

2 Zitiert nach: Polska Ludowa 1944-1950. Przemiany społeczne, hg. von F. Ryszka, Wrocław 1974, S. 146.

der damals führende Kopf der polnischen Kommunisten, Wladislaw Gomulka, 1946 als einen »eigenen polnischen Entwicklungsweg, einen Weg, den wir den Weg der Volksdemokratie nennen. Und auf diesem Weg und unter diesen Bedingungen ist die Diktatur der Arbeiterklasse, um so weniger aber die Diktatur einer Partei weder notwendig noch zweckmäßig. Wir sind der Meinung, daß alle demokratischen Parteien in enger und einträglicher Zusammenarbeit die Macht in Polen ausüben sollten.«<sup>3</sup>

Kommunisten wie Sozialisten wurden in ihrer Zielstellung einer Grundstimmung in Polen gerecht, die damals auch vom bürgerlichen illegalen Untergrund registriert wurde:

»Große Verschiebung der Weltanschauungen nach links. Starke Radikalisierung, insbesondere unter den Bauern und der verarmten Intelligenz. Fast allgemein die Forderung nach gesellschaftlicher Kontrolle des Wirtschaftslebens, nach Liquidierung der Güteransammlung in Privathand (und Begrenzung) auf ein bestimmtes Minimum. Eine Macht, die diesen Prozeß aufzuhalten versuchte, würde das Land schweren Erschütterungen aussetzen.«<sup>4</sup>

#### *Der nationale Weg – Strategie oder Taktik?*

Zwischen 1944 und 1947 war unverkennbar, daß nicht nur in Polen sondern auch in anderen Ländern der sowjetischen Einflußsphäre (Tschechoslowakei, Jugoslawien, Albanien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Finnland sowie die sowjetisch besetzten Zonen Deutschlands und Österreichs) ein vom sowjetischen Modell abweichender eigene Entwicklungsweg Konturen annahm. Zu fragen ist, ob Stalins Erklärung gegenüber dem einflußreichen Politiker der polnischen Londoner Exilregierung St. Mikolajczyk im Oktober 1944 tatsächlich ernst gemeint war: »Polen muß eine demokratische Ordnung haben. Privateigentum und ein freies Wirtschaftsleben sollen erhalten werden. In Polen bestehen keine Voraussetzungen für ein kommunistisches System.«<sup>5</sup> Stand das nicht im Gegensatz zu Stalins politischer Maxime, die er gegenüber M. Djilas auf den Nenner brachte: »Dieser Krieg ist nicht wie in der Vergangenheit; wer auch immer ein Territorium besetzt, führt auch sein eigenes Gesellschaftssystem ein. Jeder führt sein eigenes System ein, soweit die Macht seiner Armee reicht. Es kann nicht anders sein.«<sup>6</sup>

In geschichtlichen Prozessen bestehen keine einfachen Mechanismen, gewollte Ziele unter konkreten Bedingungen durchzusetzen. Stalins Strategie bestand eben darin, das sowjetische Modell in seinem Machtbereich nicht unbedingt allerorts (z. B. nicht in Finnland und Österreich) und zudem auch nur schrittweise, abhängig von den machtpolitischen Verhältnissen und anderen Umständen, einzuführen. Ihm ging es anfänglich vor allem darum, Reibungen mit den westlichen Alliierten zu vermeiden. Insofern bot das Leninsche Konzept von den zwei Etappen der Revolution einen günstigen Rahmen. Stalin verlangte vorerst von den osteuropäischen Kommunisten nicht, sofort die alleinige Macht zu errichten und den staatssozialistischen Weg nach sowjetischem Muster einzuschlagen. Noch im Mai 1946 bekräftigte er vor einer Gruppe polnischer Kommunisten, Sozialisten und Bauernparteilern: »In Polen gibt es keine Diktatur des Proletariats, und sie ist

3 Zitiert nach Andrzej Werblan: Wladislaw Gomulka. Sekretarz Generalny PPR, Warszawa 1983. Deutsche Übersetzung in: Stanislaw Milc: Der polnische Weg. In: Polnische Perspektiven. Vierteljahresschrift, Warschau 1988, Jg. 18, Heft 4, S. 86f.

4 Polska Ludowa, S. 47.

5 Documents of Polish-Soviet Relation, Bd. 2, London 1969, S. 432.

6 M. Djilas: Conversation with Stalin, London 1962, S. 90.

dort auch nicht nötig. ...Die Demokratie, die bei Ihnen in Polen, in Jugoslawien und teilweise in der Tschechoslowakei errichtet wurde, führt zum Sozialismus ohne unbedingte Errichtung der Diktatur des Proletariats und der Sowjetordnung.« In Gesprächen mit Gottwald einen Monat später zählte er Polen, die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Bulgarien zu den Ländern, die einen besonderen Weg zum Sozialismus gehen, nicht über die »Diktatur des Proletariats« und das »Sowjetsystem.«<sup>7</sup> In einem Interview mit Daily Herald vom 22. August 1946 sah er im Unterschied zur Oktoberrevolution in Rußland im »englischen Weg zum Sozialismus« einen friedlichen und weitaus längerwährenden Prozeß. In gewisser Weise war der nationale Weg eine strategische Frage sowjetischer Außenpolitik. Das erklärt, warum zwischen 1944 und 1947 ein bestimmter politischer Spielraum für nationalkommunistische, sozialistische, sozialdemokratische und sozialrevolutionäre Kräfte bestand, den politische Führer wie Gomulka, Tito, Dimitroff, Gottwald oder Rakosi anfänglich nutzten. Auch in der sowjetischen Besatzungszone war die Rede von einem besonderen deutschen Weg (Ackermann).<sup>8</sup>

7 Zitiert nach: G. P. Muras-ko/ T.B. Volokina/ A. F. Noskova: Sozdanie soclagerja. In: Sovetskoje obscestvo: vozniknovenie, razvitie, istoriceskij final, tom 2, Moskva 1997, S. 12.

8 J. Hofmann: Anton Ackermann und die Problematik des Weges zum Sozialismus. In: Lesearten marxistischer Theorie. Vortragsreihe der »Hellen Panke« e. V., Berlin 1996, S. 49ff.

9 Jörg K. Hoensch: Geschichte Ungarns 1867-1983, Stuttgart Berlin Köln Mainz 1984, S. 168.

#### *Kräfteverhältnisse und Richtungskämpfe*

Kernstück der Entwicklungsrichtung in Osteuropa bis 1947/48 war aber auch zugleich das Ringen verschiedener sozialer und politischer Kräfte um die Macht. Zwei gegensätzliche Gesellschaftskonzepte äußerten sich in machtpolitischen Aktionen, reduzierten sich aber nicht auf das einfache Schema hie westliches Kapitalismusmodell und da Sozialismus à la Sowjetunion. Nicht nur die Kommunisten bedienten sich dabei eines »Verfahrens zur Zermürbung und langsamen Entmachtung ihrer politischen Konkurrenten, dem Rakosi später die zum geflügelten Wort gewordene Bezeichnung ›Salamitaktik‹ gab.«<sup>9</sup> Auch die mit den kommunistischen Parteien konkurrierenden politischen Kräfte (einschließlich der Sozialisten und Sozialdemokraten) sahen in dem mehr oder weniger erzwungenen oder gewollten Zusammengehen in den Volksfronten durchaus Möglichkeiten und Chancen, sich machtpolitisch zu profilieren und zu behaupten. Sie setzten dabei verständlicherweise ihre Hoffnungen zumeist auf die USA, Großbritannien und Frankreich. Nur waren ihre Chancen im sowjetischen Herrschaftsbereich ähnlich gering bis aussichtslos wie die der Kommunisten in Westeuropa oder Griechenland. Der Ausgang des Kampfes um die Macht und die damit verbundene sozialökonomische wie politische Richtung wurden letztlich von den Großmächten im jeweiligen Einfluß- und Interessenbereich bestimmt sowie durch deren zunehmende Konfrontation in der entstehenden bipolaren Welt des Kalten Krieges seit 1947 beschleunigt entschieden.

In Polen besaß die westlich orientierte und antisowjetische Elite bis Mitte 1944 gegenüber den prosowjetisch-kommunistischen Kräften den maßgeblichen Einfluß auf die künftige Gestaltung des Landes. Sie besaß reale Macht in der Londoner Exilregierung samt ihren illegalen staatlichen Strukturen im faschistisch besetzten Polen, einschließlich der antikommunistisch ausgerichteten 300 000 Mann starken Armia Krajowa (Heimatarmee). Infolge der historisch bedingten antisowjetischen Grundhaltung führender

Eliten wie großer Teile der polnischen Bevölkerung (im Unterschied zur Tschechoslowakei, Jugoslawien oder Bulgarien) bestanden schier unlösbare Probleme hinsichtlich der Formierung einer gesamtnationalen Befreiungsbewegung und einer polnisch-sowjetischen Verständigung im Rahmen der Antihitlerkoalition. Hauptstreitpunkte waren die territoriale Gestaltung und die Unabhängigkeit wie auch die politische und sozialökonomische Ausrichtung des neuen polnischen Staates. Nur langsam und mühsam schufen die prosowjetisch orientierten Kommunisten und ihre linken Sympathisanten in Polen eine Gegenmacht zum Londoner Lager. Nicht unwesentlich trug dazu bei, daß eine nach Polen entsandte Initiativgruppe der Komintern die von Stalin 1938 liquidierte Kommunistische Partei Polens am 5. Januar 1942 unter dem Namen PPR (*Polska Partia Robotniczy*) neu gründete. Entschieden wurde, die Partei illegal landesweit aufzubauen (Januar 1942: 4 000, Juli 1944: 22 000, April 1945: 300 000 Mitglieder) und die zersplitterten kommunistischen Partisanengruppen zu einer einheitlichen militärischen Kampforganisation, der *Gwardia Ludowa* (Volksgarde), zusammenzuschließen. Nach dem Tod von Marcelli Nowotko übernahm Pawel FINDER im November 1942 die Führung der PPR. Nachdem dieser 1943 von der Gestapo verhaftet worden war, kam erstmals mit Wladislaw GOMULKA ein nicht aus sowjetischer Emigration Kommender, sondern ein Vertreter des polnischen kommunistischen Untergrundes **an die Parteispitze**.<sup>10</sup> Seine Kandidatur war nicht mit Moskau abgesprochen. Wahrscheinlich war das auch einer der Gründe, warum auf Beschluß des Politbüros der KPdSU im Januar 1944 in Moskau ein zweites kommunistisches Führungszentrum entstand, das Zentrale Büro Polnischer Kommunisten.<sup>11</sup> Als Versuche der PPR einer Einigung mit der Londoner Exilregierung scheiterten<sup>12</sup>, orientierte Gomulka unabhängig von Moskau im Oktober 1943 auf die Bildung einer linken nationalen Gegenregierung. Die Legitimität der Londoner Machtzentrale wurde im programmatischen Dokument »Wofür wir kämpfen« (1943) in Frage gestellt, da diese sich »auf die antidemokratische illegitime und nicht vom Volke akzeptierte Verfassung von 1935« stütze und daher nicht berufen sei, eine »demokratische Struktur im neu entstandenen Polen« zu realisieren.<sup>13</sup> Ähnlich argumentierte auch der im sowjetischen Exil lebende Alfred LAMPE. Er berücksichtigte, daß das polnische Volk »noch keine Demokratie im wahrsten Sinne des Wortes kennengelernt« habe und nun eine demokratische Alternative zum Vorkriegsregime geschaffen werden müsse. Sollte die Londoner Exilregierung im neuen Polen die Macht übernehmen, dann würde Polen zudem auch »rasch in die Umarmung großkapitalistischer westlicher Orientierung« gezwungen.<sup>14</sup> Der im August 1943 aus sowjetischem Exil in das besetzte Polen entsandte Kommunist Boleslaw BIERUT knüpfte wohl ganz im Sinne der von Moskau geforderten breiten nationalen Volksfront mit 14 linken Splittergruppen im polnischen Untergrund Kontakte. Sie gründeten in der Nacht zum Neuen Jahr 1944 in Warschau den illegalen Landesnationalrat (*Krajowa Rada Narodowa*) als Legislative eines künftigen polnischen Staates. In die ständige Exekutive (Präsidium) des linken Untergrundzentrums gelangten Bierut als Vor-

10 Vgl. *Spravka sotrudnika sekretariata IKKI o dostavke v Pol'su v 1941-1942 organizatorov partijnoi raboty* vom 29. 2. 1944. In: Russkij archiv. *Velikaja Otecestvennaja*, 3 (1), Moskva 1994, Dokument 14, S. 129 f.

11 Vgl. SSSR - Pol'sa. *Mechanizmy podcinenija 1944-1949. Sbornik dokumentov*, Moskva 1995; Dokument Nr. 1, 4 und 8

12 Vgl. E. Seeber: *Die Mächte der Antihitlerkoalition und die Auseinandersetzung um Polen und die CSR 1941-1945*, Berlin 1984, S. 179 ff.

13 Zitiert nach Kszaltowanie sie podstaw programowych Polskiej Partii Robotniczej w latach 1942-1945. *Wybor materialow i dokumentow*, Warschau 1958, S. 145.

14 Antoni Przygonski: *Z zagadnien strategii frontu narodowego PPR 1942-1945*, Warschau 1970, S. 132.

sitzender, der Sozialist Edward Osobka-Morawski als Stellvertreter, der Schriftsteller Wladyslaw Kowalski von einer Splittergruppe der Bauernpartei (SL-Wola Luda) und der offiziell parteilose General Michal Zymierski (Rola), ein ehemaliger Mitstreiter Pilsudskis. Die zwanzig Politiker des Gremiums beschlossen, auf Wojewodschafts-, Kreis- und Gemeindeebene ein System von Nationalräten aufzubauen und die bisher noch isoliert operierenden linken Partisanenverbände (mit ihrem Kernstück, der Gwardia Ludowa) zur Volksarmee (Armia Ludowa) zu vereinen, die bis Mitte 1944 über 55 000 Kämpfer in allen Teilen des Landes verfügte. Der Landesnationalrat anerkannte die von der UdSSR 1939 erzwungene polnische Ostgrenze und kündigte tiefgreifende soziale Reformen an (entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes, der Großindustrie, der Banken und der Verkehrsmittel, Einführung des Achtstundentages, unentgeltliche Schulbildung und Gesundheitsbetreuung).<sup>15</sup> Wie schwach die politische Basis des neuen illegalen linken Machtzentrums dennoch war, ist u.a. daran zu sehen, daß nur vier von 24 Führern der 1943 von der Sozialistischen Partei (PPS) abgespaltenen RPPS (Robotnica Partia Polskich Socialistow) ein Zusammengehen mit der PPR befürworteten.<sup>16</sup>

Georgi Dimitroff, der nach der offiziellen Auflösung der Komintern deren reorganisierten Apparat in Gestalt der Abteilung für Information des ZK der KPdSU leitete, erfuhr erst nachträglich von Gomulka am 12. Januar 1944 über diesen wichtigen politischen Schritt: Nach den erfolglosen Verhandlungen der PPR mit der Exilregierung sei es notwendig geworden, eine eigene politische Gegenmacht zu schaffen, zumal es in unteren Organisationen der Londoner Regierungsparteien dazu gewisse Bereitschaft gegeben habe. Den alliierten Staaten sollte mit der Bildung des Landesnationalrates zudem signalisiert werden, daß die Exilregierung keinen Alleinanspruch auf die politische Vertretung des polnischen Volkes besitze. Die PPR gehe davon aus, »daß die Rote Armee im Kampf gegen den deutschen Feind polnischen Boden betritt und damit den Kampf der demokratischen und fortschrittlichen Kräfte Polens erleichtert.« Ungeachtet der noch vorhandenen antisowjetischen und antikommunistischen Stimmungen könne dadurch die PPR nunmehr zur entscheidenden Kraft in Polen heranwachsen.<sup>17</sup> Moskau verhielt sich vorerst abwartend und zwiespältig, sicherlich auch wegen unzureichender Informationen über die Lage im polnischen Untergrund. Dimitroff anerkannte, mit der Gründung des Landesnationalrates sei deutlich geworden, daß die »Londoner Regierung keine Monopolstellung im Lande« besitze; dennoch entstände der Eindruck, daß der Landesnationalrat bereits ein Machtorgan sei. Eine künftige polnische Provisorische Regierung müsse aber außer diesem Gremium »verschiedene Gruppierungen im Lande...sowie Vertreter der demokratischen Gruppen, vor allem aus der Partei der Polnischen Sozialisten und der Polnischen Armee in der UdSSR, der Polonia in den USA und aus den demokratischen Elementen in London« umfassen. Auch die radikalen sozialökonomischen Forderungen der programmatischen Deklaration der PPR »Wofür wir kämpfen« (1943) lagen nicht auf der von Moskau gewünschten »gemäßigeren« Linie einer »breiten politi-

15 Vgl. SSSR i Pol'sa 1941-1945 k istoriju voennovogo sojuza. Dokumenty i materialy. In: Russkij archiv, Bd 3 (1) Moskva 1994, Dok. 31 und 32, S. 151 ff.

16 Vgl. B. Fowkes: Aufstieg und Niedergang des Kommunismus in Osteuropa, Osteuropa-Studien, Bd.1, Mainz 1994 S. 17.

17 Vgl. SSSR-Pol'sa..., Dokument 2, S. 17 ff.

schen Konzentration, die geeignet wäre, einen Teil der Bourgeoisie mitzunehmen oder zu neutralisieren.«<sup>18</sup> In seinem Antwortbrief vom 7. März 1944 an Dimitroff verteidigte Gomulka die von ihm vertretene Politik der PPR: Eine breite nationale polnische Front sei nicht am Sektierertum seiner Partei gescheitert, sondern in erster Linie an der Haltung des Londoner Lagers zur sowjetisch-polnischen Grenze, aber auch am Linksradikalismus und den »trotzkistischen Ideen« der RPPS. Es sei bisher nur gelungen, sich auf die Opposition innerhalb der Sozialisten und der Bauernpartei-ler zu stützen. Der Landesnationalrat verstehe sich nicht als Regierung, aber er werde bis zur Bildung einer Provisorischen Regierung als »Regierungsvertretung handeln« und im Falle der Befreiung Ostpolens seinen Sitz dorthin verlegen.<sup>19</sup> Dimitroff wie auch das Zentralbüro Polnischer Kommunisten und der Bund Polnischer Patrioten besaßen zu diesem Zeitpunkt keine ausreichende Kenntnis über die Zusammensetzung, den politischen Charakter und den realen Einfluß des »sogenannten Landesnationalrates«.<sup>20</sup> Vorbehalte gegenüber der Politik des Generalsekretärs der PPR wurden durch Moskauer Emissäre<sup>21</sup> zusätzlich genährt. Erst am 16. Mai 1944 eine Delegation des Landesnationalrates in Moskau eintraf<sup>22</sup>, wurde der Landesnationalrat als Kern einer künftigen linken polnischen Macht anerkannt, die die Verwaltung in den bald befreiten polnischen Gebieten (in den Grenzen nach 1939) übernehmen sollte. In den Gesprächen mit Vertretern aus Warschau am 22. Juni 1944 verlangte Stalin aber nachdrücklich, daß der Landesnationalrat durch demokratische polnische Gruppierungen in der UdSSR, in Großbritannien und in den USA erweitert werden müsse. Er stimmte am 15. Juli 1944 zu, ein eigenes polnisches Staatsorgan mit Regierungscharakter aus Vertretern des Landesnationalrates und des Bundes Polnischer Patrioten zu gründen. Es wurde im Interesse einer weiteren Verständigung mit dem Londoner Lager zunächst als »Delegatur des Landesnationalrates für die befreiten Gebiete« benannt; erhielt aber am 21. Juli 1944 – analog den nationalen Repräsentationen Frankreichs und Jugoslawiens – den Namen »Polnisches Komitee der Nationalen Befreiung« (Polski Komitet Wyzwolenia Narodego).<sup>23</sup> Vorläufiger Sitz wurde die erste befreite ostpolnische Stadt Chelm (22. Juli), danach Lublin (seit 24. Juli). Im Beisein von Stalin und Shukow unterzeichneten Molotow und Osobka-Morawski am 26. Juli 1944 im Kreml ein Abkommen zwischen der Regierung der UdSSR und der Lubliner Machtzentrale über die Beziehungen zwischen dem Oberkommando der sowjetischen Streitkräfte und der Polnischen Administration nach dem Einmarsch der sowjetischen Streitkräfte auf dem Territorium Polens, dem einen Tag später ein Vertrag über die polnische Ostgrenze folgte. Stalin, Dimitroff und die polnischen Führer in der sowjetischen Emigration setzten durch, daß das Regierungsprogramm sich von den radikalen sozialökonomischen Forderungen des Warschauer Landesnationalrates spürbar abhob. Die entschädigungslose Enteignung beschränkte sich nur noch auf Deutsche und Kollaborateure. Kleine und mittlere Unternehmen konnten an ursprüngliche polnische Besitzer zurückgegeben werden. Das Eigentum der Kirche war von der Nationalisierung ausgeschlossen.

18 Zitiert nach: E. Seeber, Die Mächte der Antihitlerkoalition ..., S. 195.

19 Vgl. ebenda, S. 197 sowie Ben Fowkes: Aufstieg und Niedergang..., S. 17 ff.

20 SSSR i Pol'sa..., Dokument 10, S. 35.

21 In einem Brief an Dimitroff vom November 1943 informierte Bierut, Gomulka stünde als Parteichef »nicht auf der Höhe seiner Aufgaben«. Die hinter ihm stehende Mehrheit im ZK schwankte ständig zwischen Sektierertum und Opportunismus. Der Partei drohe eine Spaltung und es bestünde »die Gefahr, die Bündnispartner (Sozialisten, Bauernpartei-ler) zu verlieren«. Dieses Dokument nutzte Bierut 1948 im Machtkampf mit seinem Rivalen im Zusammenhang mit dem von Stalin verordneten Abbruch des polnischen Sonderweges. Vgl. SSSR i Pol'sa, Dokument 17, S. 47 ff. Leonid Kasmann, ab September 1941 Instrukteur in der Kaderabteilung des EKKI, reagierte auf die erste Information Gomulkas an Dimitroff vom 12. Januar 1944 negativ und beurteilte den Kurs der PPR bezüglich des Landesnationalrat und seiner Aktivitäten als sektiererisch und voreilig. Vgl. ebenda, Dokument 7, S. 28.

22 Zur Delegation gehörten M. Spichalski, E. Osobka-Morawski, J. Haneman und K. Sidoran. Am 5. Juli 1944 nahm General Rola-Zymierski an den Beratungen in Moskau teil, später auch Bierut und Gomulka. Vgl. SSSR-Pol'sa..., Dokumente 16, 21 und 22, S. S. 44 und S. 65 ff.; vgl. auch SSSR i Pol'sa 1941-1945. K istoriju voen-

novogo sojuza. Dokumenty i materialy. In Russkij archiv, Bd 3 (1) Moskva 1994, Dok. 31, S. 151f.

23 Den Vorsitz der Gegenregierung übernahm der Sozialist Osobka-Morawski, der zugleich Außenminister war. Seine Stellvertreter waren die Kommunistin Wanda Wasilewska (Bund Polnischer Patrioten) und Andrzej Witos von der Bauernpartei (SL), der auch Leiter des Ressorts Landwirtschaft und Bodenreform wurde. Die PPR stellte die Ministerposten für Nationale Verteidigung (General Rola-Zymierski), Öffentliche Sicherheit (Stanislaw Radkiewicz), Information und Propaganda (Stefan Jendrychowski) und Volksbildung (Stanislaw Skrzewski), die PPS die Minister für Volkswirtschaft und Finanzen (Jan Stefan Hanemann), Arbeit, Sozialfürsorge und Gesundheit (Boleslaw Drobner). Die Bauernpartei erhielt die Ressorts Justiz (Jan Cechowski), Öffentliche Verwaltung (Stanislaw Kotek-Agroszewski), Verkehr, Post Fernmeldewesen (Jan Michal Grubecki) und die neu gegründete Demokratische Partei das Ressort Kultur und Kunst (Wincenty Rzymowski). Zur Regierung gehörten zudem zwei Parteilose, General Zygmund Berling und Emil Sommerstein. Vgl. Sovetskij Sojus - Narodnaja Pols'sa 1944-1974. Dokumenty i materialy, Moskva 1974, S. 10ff.

24 Vgl. ebenda, Dokumenten 5, 6 und 7, S. 17ff. sowie SSSR i Pol'sa 1941-1945. K istoriju voennovo sojuza. Dokumenty i materialy. In: Russkij archiv, Bd 3 (1) Moskva 1994, Dokument 55, S. 409.

Schließlich wurden auch die in der UdSSR organisierten polnischen Militäreinheiten mit der Armia Ludowa vereint (Ende 1944: 290 000 Mann), die einen beachtlichen Beitrag zur Befreiung vom Hitlerfaschismus auf polnischem und deutschem Gebiet leisteten.

Mikolajczyks Kompromißangebot während seiner Moskauer Verhandlungen Anfang August 1944, die PPR als fünfte Partei in die Londoner Regierungskoalition mit 20 Prozent der Ministersitze aufzunehmen, lehnten Stalin und Bierut ab. Aber Mikolajczyk ging auch nicht darauf ein, in einem erweiterten Lubliner Komitee das Amt des Ministerpräsidenten zu übernehmen. Alle Versuche der Londoner Exilregierung, auf polnischem Territorium vor Eintreffen der Roten Armee mittels der Armia Krajowa die Macht zu errichten, waren sowohl in Ostpolen als auch in Warschau zwischen Februar und Oktober 1944 erfolglos geblieben. Dadurch konnte die PPR mit anderen linken prosowjetischen Kräften unter dem allerdings maßgeblichen Einfluß sowjetischer Militärorgane in den befreiten ostpolnischen Gebieten (78 000 km<sup>2</sup> mit 5,6 Mio Einwohnern) die künftige polnische Staatsstruktur real aufbauen und schließlich den Status des Lubliner Komitees in eine Provisorische Regierung Polens mit dem Sitz in Warschau umwandeln (31. Dezember 1944). Nach der Krimkonferenz bestätigte das Staatliche Verteidigungskomitee der UdSSR die Westgrenze Polens und übertrug am 20. Februar 1945 der Warschauer Regierung auch die Verwaltung der befreiten ostdeutschen Gebiete bis zur Oder-Neiße als der künftigen polnischen Westgrenze.<sup>24</sup> Daß es der PPR und ihren linken Sympathisanten gelang, diesen Machtvorsprung unwiderlich zu machen, ist nicht zuletzt den internationalen Machtkonstellationen dieser Zeit geschuldet: Nachdem die Regierungen der USA und Großbritanniens sich mit Stalin über ihre Einflusssphären in Europa geeinigt hatten, konnte die Londoner Exilregierung weder die gerechte Forderung nach Wiederherstellung der polnischen Ostgrenze von 1939 noch ihren Alleinvertretungsanspruch auf die Macht in Polen aufrechterhalten. Auf der Krimkonferenz wurde nicht nur die polnische Ostgrenze festgelegt, sondern auch entschieden, daß »die gegenwärtig in Polen amtierende Provisorische Regierung ...auf einer breiteren demokratischen Grundlage unter Einbeziehung von demokratischen Persönlichkeiten aus Polen selbst und von Polen aus dem Ausland (zu) reorganisieren« ist.<sup>25</sup> Aber erst im Juni 1945 traten kompromißbereite Kräfte des Londoner Lagers um Mikolajczyk unter massivem britischen Druck der von den Alliierten vorgeschriebenen Regierung der Nationalen Einheit in der Hoffnung bei, sich einen bestimmten Machteinfluß auf die Gestaltung Polens offenzuhalten. Wie chancenlos das allerdings war, machte Gomulka seinen politischen Haupttrivalen während der Verhandlungen siegesbewußt deutlich: »Wir billigen nur den Demokraten aus der Emigration einen Platz in unserem Hause zu, und unterstreichen damit, daß wir bis heute von unserer Linie...auf Verständigung ...nicht abgegangen sind. Sie dürfen nicht beleidigt sein, meine Herren, daß wir Ihnen solche Plätze in der Regierung anbieten, die wir selbst für tragbar halten. Wir sind nämlich die Hausherren, und Sie können zu Mitgestaltern werden. ...Wir wollen die Verständigung aus ganzem Herzen. Glauben

Sie jedoch nicht, daß unsere Existenz davon abhängt.«<sup>26</sup> Die Regierung führte der Sozialist Osobka-Morawski, dem PPR-Chef Gomulka als Erster Stellvertreter und zugleich Minister für die neu gewonnenen Westgebiete zur Seite stand. Der Chef der im August 1944 zugelassenen PSL, der zahlenmäßig stärksten polnischen Partei (1945: 600 000 Mitglieder), Mikolajczyk wurde Zweiter Stellvertreter des Premiers und zugleich Agrarminister. Da sich aber beträchtliche Teile der Polen in der Regierung der Nationalen Einheit nicht vertreten sahen, verwundert es auch nicht, daß trotz offizieller Auflösung der Armia Krajowa und trotz der Amnestie (von der im August 1945 44 000 Personen Gebrauch machten) eine militärische Untergrundopposition fortbestand (die AK-Nachfolgeorganisation WiN, die rechtsradikal-nationalistische NSZ und die Ukrainische Aufstandsarmee), für dessen Bekämpfung die Staatsmacht noch 1946 150 000 Mann der Armee, der Miliz und der Sicherheitsorgane einsetzte. Die bürgerkriegsähnlichen Zustände, die bis 1948 auf beiden Seiten 30 000 Menschenleben kosteten, waren letztlich auch ein militanter Aufstand gegen die angestauten Ungerechtigkeiten und Willkürakte, die Polen von der sowjetischen Großmacht seit 1939 erdulden mußte und die auch von den alliierten Verbündeten nachträglich akzeptiert worden waren.

#### *Die PPR Gomulkas nur ein Moskauer Befehlsempfänger?*

Die kommunistische Führungsgruppe um Gomulka handelte zwar seit 1943 in weitgehender Interesseneinheit mit Moskau, aber eben nicht ausschließlich nach sowjetischen Vorgaben. Vielmehr ließ sie sich wie nie zuvor und wie nie danach von den nationalen Bedingungen und Interessen Polens und von marxistischen Grundsätzen leiten, die sich von den damals geltenden stalinistischen Doktrinen in manchem unterschieden. Das belegt Gomulkas Rapport am 10. Mai 1945 vor der von Dimitroff geleiteten Abteilung für internationale Information des ZK der KPdSU:<sup>27</sup> »Genossen, es ist notwendig, hier festzustellen, daß unsere Partei große Fehler gegenüber der Stronictwo Ludowe (linke Splittergruppe der einflußreichen Bauernpartei PSL) zuließ. Nach der Befreiung eines Teils Polens im Jahre 1944, des sog. Lubliner Polen, beherrschten wir gänzlich die SL, unsere Partei erlaubte denjenigen Elementen, die manchmal nicht ganz und gar mit uns übereinstimmten, keine legale Tätigkeit. Wir wollten eine Bauernpartei aufbauen, die in allen Fragen mit uns einer Meinung zu sein hat. Das schlug deshalb fehl, weil die aktivste Gruppe der Bauernpartei nicht in jene Partei eintrat, die wir schufen; diejenigen aber, die zu uns kamen, hatten zugesagen keine Bedingungen für eine selbständige Tätigkeit. In dieser Periode war es sicherlich auch schwer, eine andere Politik zu führen. Aber der Fehler besteht darin, daß wir später, als sich die Lage innerhalb der Bauernpartei veränderte, daraus keine Schlußfolgerungen zogen. Einige Monate nach der Befreiung entstand in der illegalen PSL eine Opposition, die sich Mikolajczyk nicht unterordnen, nicht mehr illegal arbeiten und gegen uns kämpfen wollte. Kurz gesagt, wir gaben der Bauernpartei, die großen Einfluß in der Bauernschaft besitzt, nicht das Recht eines selbständigen Partners mit großem Einfluß und konnten deshalb nicht die ganze Bau-

25 Die Sowjetunion auf internationalen Konferenzen während des Großen Vaterländischen Krieges 1941 bis 1945. Bd.4. Die Krim(Jalta)-konferenz der höchsten Repräsentanten der drei alliierten Mächte – UdSSR, USA und Großbritannien (4.-11. Februar 1945). Dokumentensammlung, Dokument 28, S. 233 (Deklaration über Polen).

26 Gomulka: *Artykuly i przemowieniam* Bd.1, Warschau 1962, S. 215f.; vgl. auch *Polityka* vom 19. Juli 1958 und W. Gora: *Volksrepublik Polen. Ein Abriß*, Berlin 1979, S. 94.

27 SSR- Pol'sa..., Dokument 30, S. 112.

ernschaft für die Unterstützung der Provisorischen Regierung gewinnen. Die Reaktionäre erklärten, daß die Aufteilung des Gutsbesitzerlandes die erste Etappe der Kollektivierung sei, daß nach der Bodenreform Kolchosen eingeführt werden, und vor allem die, die Land erhalten hatten, gezwungen würden, den Kolchosen beizutreten. Die polnischen Bauern fürchten sich vor der Kolchose, sie wollen diese nicht. Auf diese Weise erreichte es die Reaktion, daß die Bauern wenig Aktivität bei der Bodenreform zeigten. Wir gaben keine Antwort darauf, was die Bauern hinsichtlich der Kolchosen bewegt. ... Wir haben nicht die Mehrheit auf dem Dorfe, wir brauchen gerade in der gegenwärtigen Periode eine echte Bauernpartei als tatsächlichen und nicht fiktiven Partner.« Im Unterschied zur Bauernpartei seien aber die Sozialistische Partei (PPS) und die Demokratische Partei (SD) selbständige Bündnispartner. Gomulka kritisierte, nicht wenige Kommunisten würden infolge der Anwesenheit sowjetischer Truppen die schwierige politische Arbeit durch die Tätigkeit der Straf- und Sicherheitsorgane ersetzen. Hinsichtlich des militärischen Untergrunds der Londoner Exilregierung in den von der Sowjetarmee befreiten und besetzten polnischen Gebieten ließ Gomulka wissen: Die PPR wolle nicht den Weg des Terrors und der Massenverhaftungen gehen, sondern werde die Konflikte mit dem militärischen Untergrund politisch lösen. In einem Brief vom 15. Mai 1945 teilte Gomulka diese Standpunkte Stalin noch einmal persönlich mit und vermerkte, daß sektiererische Kräfte auf den lokalen und regionalen Ebenen der PPR, unterstützt von Militärorganen der UdSSR, das sowjetische Modell in Polen einführen wollten. Er kritisierte das zunehmende Bestreben, der PPR eine privilegierte Stellung einzuräumen und die politische Arbeit in der Bevölkerung durch die Tätigkeit der Sicherheitsorgane zu ersetzen. Die PPR bestehe auf der Souveränität des polnischen Staates, lehne entschieden eine Kollektivierung der Landwirtschaft ab, fördere aber hingegen rentable individuelle Bauernwirtschaften und das Genossenschaftswesen.<sup>28</sup>

28 Ebenda, Dokument 31, S. 130 ff.

*Gleichberechtigtes Aktionsbündnis von Kommunisten und Sozialisten*  
Für den nationalen Weg Polens in Richtung eines demokratischen Sozialismus waren die anfängliche selbständige Existenz und gleichberechtigte Zusammenarbeit von PPS und PPR genauso charakteristisch wie rivalisierender Kampf beider Parteien um Eigenprofilierung, Macht und Wählergunst. In der PPS dominierten die »Zentristen« wie der aus dem KZ befreite Jozef Cyrankiewicz oder der aus dem Exil heimgekehrte Julian Hochfeld, die in einer eigenständigen PPS die Voraussetzung für einen demokratischen Sozialismus sahen. Grundsätzlich änderte sich das auch nicht, als der antikommunistische Londoner PPS-WRN-Flügel, dem die Gründung einer sozialdemokratischen Partei in Polen verweigert wurde, sich im Dezember 1945 der Lubliner PPS anschloß, die nun über 200 000 Mitglieder verfügte. Gegenüber der PPR besaß die PPS in den Städten und in den Fabrikräten mehr Mitglieder. Ihr gewachsenes Selbstbewußtsein artikulierten die Sozialisten auch im Wahlkampf seit Sommer 1946: »Es scheint mir, daß die größten Schwierigkeiten (für die Erhaltung der Einheitsfront) von der Tatsache

herrühren, daß der eine Partner zu häufig unter dem Slogan der ›führenden Partei‹ operiert. Eine Einheitsfront kann nicht nach dem Prinzip aufgebaut werden, daß einer regiert und der andere sich ihm unterwirft, daß einer die Bedingungen diktiert und der andere untätig mit dem Kopf dazu nickt.«<sup>29</sup>

Die Abteilung Außenpolitik beim ZK der KPdSU verfolgte über ihre Informanten die Situation in Polen. In einer Analyse vom Oktober 1946 wurde u.a. vermerkt: Die PPS kritisiere den Führungsanspruch der PPR und fordere größeren Einfluß in den regionalen staatlichen Leitungen, besonders in den Sicherheits- und Milizorganen. Es zeichne sich auch ab, daß PPS-Führer auf ein Wahlbündnis mit Mikolajczyks Bauernpartei reflektierten und mit ehemaligen Angehörigen der Heimatarmee sympathisierten.<sup>30</sup> Ungeachtet dieser Differenzen blieb die PPS-Führung bei ihrer Zusammenarbeit, zumal Parteichef Cyrankiewicz der Premiersposten nach den Wahlen zugesichert wurde. Die Byrnes-Rede in Stuttgart (September 1946), die die neue polnische Westgrenze in Frage stellte, förderte zudem das Bündnis beider Parteien, die im November 1946 ein Einheitsfrontabkommen vereinbarten. Cyrankiewicz entfernte seitdem die Kräfte der antikommunistisch und westlich orientierten Politiker aus der PPS. Deren Wortführer Zulawsky kandidierte für Mikolajczyks PSL. Auch wenn man den demokratischen Charakter der Wahlen vom Januar 1947 in Frage stellen muß, gab es für die PSL kaum eine Chance, die von Kommunisten und Sozialisten getragenen Machtverhältnisse grundsätzlich aufzubrechen. Vieles spricht dafür, daß die Weigerung Mikolajczyks, dem Linksblock beizutreten (ihm wurden 25 Prozent der Regierungssitze eingeräumt), den Machtniedergang der PSL beschleunigte. Der Historiker F. Fejtö nennt einen wesentlichen Grund für die Niederlage: »Mikolajczyk...sprach von Freiheit, Wahlen und Unabhängigkeit, während die Kommunisten und ihre Anhänger nach Brot und Arbeit riefen, nach Ordnung, Vertreibung der Deutschen, Besiedlung der Westgebiete und Ankurbelung der Industrie.«<sup>31</sup>

Daß die Sozialisten selbst im Dezember 1947 noch keinen Handlungsbedarf verspürten, sich mit der PPR zu vereinen, machte Cyrankiewicz auf dem 27. Kongreß seiner Partei deutlich: Die PPS werde eine unabhängige Partei bleiben und nicht bloß den »Mond« zur kommunistischen »Sonne« bilden.<sup>32</sup> Die Führung der PPS war überzeugt, daß es im gleichberechtigten Zusammenwirken mit der PPR möglich sei, auch weiterhin einen eigenen nationalen Weg Polens zwischen westlichem Kapitalismus und sowjetischem Staatssozialismus zu gehen.

#### *Der Kalte Krieg und das Ende des nationalen Wege*

Jüngste Quellen belegen: Die sowjetische Führung verfolgte über verschiedene Kanäle (Militärorgane in Polen, Berater, diplomatische Vertretungen, KGB, ZK-Abteilung für internationale Information bzw. für Außenpolitik) die Vorgänge in allen osteuropäischen Ländern und kam 1947 zum Schluß: Während die in ihrem Machtbereich liegenden Länder vom sowjetischen Modell weiter abdrifteten, sich allerorts »Nationalismus« in Gestalt besonderer friedlicher und parlamentarischer Entwicklungen abzeichnete

29 Robotnik vom 6. August 1944. Zitiert nach R (Pseudonym), He Fade of Polish Socialism. In Foreign Affairs, Bd. 28, Nr.1/Okttober 1949, S. 1300 f.

30 SSSR- Pol'sa..., Dokument 37, S. 173ff.

31 F. Fejtö: Die Geschichte der Volksdemokratien. Buch1. Die Ära Stalin 1945-1953, Frankfurt am Main 1972, S. 72.

32 Vgl. P. Heumos: Die Sozialdemokratie in Ostmitteleuropa 1945-1948. In: Historische und landeskundliche Ostmitteleuropa-Studien, Bd. 7: Sowjetisches Modell und nationale Prägung. Kontinuität und Wandel in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg, Marburg/Lahn, S. 70.

(Polen, Tschechoslowakei, Ungarn), einige Führer wie Tito und Dimitroff eigenständige außenpolitische Aktivitäten entwickelten (Schaffung einer Balkanföderation, Unterstützung der griechischen Volksdemokratie), und allgemeines Interesse am Marshall-Plan aufkam, wurden im westlichen Herrschaftsbereich zwischen März und November 1947 die Kommunisten aus den Regierungen Belgiens, Frankreichs, Italiens und Österreichs verdrängt, verstärkten sich die antikommunistischen Tendenzen bis hinein in die internationale sozialistische Bewegung. Stalin sah spätestens Mitte 1947 den Zeitpunkt gekommen, in seiner osteuropäischen Interessensphäre das Experiment der Aktionseinheit der Arbeiterparteien durch den Zusammenschluß sozialistischer bzw. sozialdemokratischer und kommunistischer Parteien auf bolschewistischer Grundlage genauso zu beenden wie die bisherigen nationalen Sonderwege und die außenpolitischen Sondergänge. Diese Wende, die in der sowjetischen Strategie grundsätzlich enthalten war, wurde durch den beginnenden Kalten Krieg wesentlich beschleunigt. Die erste Konferenz kommunistischer Parteien osteuropäischer Länder sowie Italiens und Frankreichs im September 1947 im polnischen Szklarska Poreba und die dort erfolgte Gründung eines zusätzlichen sowjetischen Kontrollorgans über die osteuropäische kommunistische Bewegung in Gestalt des Kommunistischen Informationsbüros signalisierte den Strategiewandel: Die vereinbarte neue Linie konstatierte die politische Lagerbildung und bestimmte u.a. den Standort der internationalen Sozialdemokratie wie folgt: »Einen besonderen Platz nimmt im Arsenal der taktischen Mittel der Imperialisten die Ausnutzung der verräterischen Politik der rechten Sozialisten vom Typus Blum in Frankreich, Attlee und Bevin in England, Schumacher in Deutschland, Renner und Scharf in Österreich, Saragat in Italien ... ein, die das wahre räuberische Wesen der imperialistischen Politik unter der Maske der Demokratie und einer sozialistischen Phraseologie zu verbergen suchen, die in Wirklichkeit aber in allem treue Helfer der Imperialisten sind, Zersetzung in die Reihen der Arbeiterklasse tragen ...«<sup>33</sup>

33 Für Frieden und Volksdemokratie. Bericht über die Tätigkeit einiger kommunistischer Parteien, gehalten auf der Konferenz in Polen Ende September 1947, Berlin o.J., S. 6f.

34 Ebenda, S. 58f.

Gomulka lehnte ein solches globales Urteil ab und brach auf der Kominformkonferenz 1947 für die PPS eine Lanze, denn sie bilde »den äußersten linken Flügel unter den sozialdemokratischen Parteien Europas.« Es sei normal, daß zwischen Kommunisten und Sozialisten »Reibungen« bestünden und »zugespitzte Beziehungen durch persönliche Rivalität, falsch verstandenen Parteipatriotismus und andere Fragen, die das Leben aufwirft.«<sup>34</sup> Die Charakteristik der Sozialdemokratie als einen Hauptfeind des Sozialismus und die Forderung nach forcierter Bolschewisierung der Arbeiterparteien kündete das Ende auch der nationalen Wege in Osteuropa an. Aus einer Sekretariatsvorlage Suslows für das KPdSU-Politbüro vom 5. April 1948 ist der Angriff auf Gomulkas Kurs unschwer zu erkennen. Der bisherige polnische Weg sei Ergebnis der antimarxistischen ideologischen Richtung der PPR unter Gomulka. Diese äußerte sich in drei grundsätzlichen Abweichungen: Erstens sei die einheitliche Lehre von Marx-Engels-Lenin-Stalin durch die nationalistische Theorie vom »polnischen Marxismus« ersetzt worden, die auf einen friedlichen und parlamentarischen Weg zum Sozialis-

mus orientiere und die Errichtung der Diktatur des Proletariats leugne. Ohne die Lehre Lenin-Stalin könne von einem schöpferischen Marxismus aber keine Rede sein. Das alles gefährde ernsthaft die künftige Entwicklung Polens und sein Bündnis mit der UdSSR. Zweitens vollziehe sich auch die ideologische Annäherung der Kommunisten und Sozialisten auf der Grundlage des sog. polnischen Marxismus. Das ermögliche, daß sich bürgerlich-nationalistische Kräfte als reaktionäre Agenturen in der Arbeiterbewegung etablieren, die den gesamten Linksblock schwächen. Drittens führe die PRP keinen Kampf gegen die kapitalistischen Elemente des Dorfes, lehne die Kollektivierung nach sowjetischem Muster ab und setze sich nicht grundsätzlich mit dem Genossenschaftskonzept der PPS auseinander.<sup>35</sup> Vorerst traf die anvisierte Sowjetisierung in Polen auf Widerstände und war nicht kurzfristig zu realisieren, da aus Stalins Sicht die Probleme der Sondergänge der Kommunisten Frankreichs und Italiens 1947 und die der KP Jugoslawiens seit Anfang 1948 den Vorrang hatten. Die 2. Beratung des Kominform im Juni 1948 verurteilte am Beispiel der Tito-führung die sog. nationalen Abweichungen vom Marxismus-Leninismus und vom sowjetischen Modell.<sup>36</sup> Polens Vertreter Jakob Bermann versprach daraufhin eilfertig, daß die PPR in ihren Reihen konsequent den Nationalismus überwinden und die Vereinigung beider Arbeiterparteien zum Abschluß bringen werde.<sup>37</sup> Da Gomulka nicht bereit war, den besonderen polnischen Weg aufzugeben, wurde er schließlich auf der ZK-Tagung im September 1948 von Bierut abgelöst. Der Sozialist Cyrankiewicz schwenkte nun ebenfalls auf stalinistischen Kurs um und setzte die Parteisäuberungen fort, so daß schließlich im Dezember 1948 eine stalinistische Einheitspartei als letzte in Osteuropa zustande kam. Zweifels- ohne wurde die PPS zur raschen Vereinigung auch durch die Londoner Konferenz des Komitees der Internationalen Sozialistischen Konferenz (COMISCO) im März 1948 gedrängt. Dort wurde nicht nur der Marshall-Plan gebilligt, sondern auch die Sozialdemokratie der Tschechoslowakei ausgeschlossen, weil sie im Februar 1948 mit der KPTsch gemeinsame Sache gegen die demissionierten bürgerlichen Parteien gemacht hatte. Auch der PPS wurde der Ausschluß aus der internationalen sozialistischen Bewegung angedroht, wenn sie nicht umgehend die Zusammenarbeit mit den polnischen Kommunisten abbricht.

So markiert das Jahr 1948 endgültig das Ende der nationalen Wege zum Sozialismus und den verhängnisvollen Beginn der Strategie des forcierten Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus nach dem sowjetischen Gesellschaftsmodell, d.h. die forcierte Sowjetisierung der osteuropäischen Volksdemokratien. Stalin versuchte zwar nochmals im November 1948, Gomulka auf seine Seite zu ziehen und bot ihm eine führende Stellung im Politbüro der Einheitspartei an, was dieser in seinem Brief an Stalin vom 14. Dezember 1948 aber ablehnte.<sup>38</sup> Danach wurde Gomulka aus dem politischen Leben verdrängt und 1952 inhaftiert. Sein *come back* und sein Charisma als polnischer Reformers in der Krise 1956 stehen im engen Zusammenhang mit seinem Wirken um einen nationalen Weg Polens zwischen 1943-1948.

35 SSSR- Pols'sa..., Dokument 46, S. 229ff.

36 Vgl. K.-H. Gräfe: Kominform – die Konferenzen 1947 und 1948. In: UTOPIE kreativ, Oktober 1997, H. 84, S. 51 ff.

37 The Cominform. Minutes of the Three Conferences 1947/1948/1949. Fondazione Giacomino Feltrinelli. Annali. Anno Trentesimo 1994, Milano 1994, S. 542ff.

38 Vgl. SSSR- Pols'sa..., Dokument 50, S. 271.